

Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738 Telefax (0611) 31-3902
e-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
SachbearbeiterIn: Frau Koba
e-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 12/9/2005 8:00:00 AM

EINLADUNG

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Freitag, 16.12.2005, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Mitteilungen

2. Fragestunde

3. **05-V-20-0200**

DL 39/05-5

Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Wiesbaden für die Jahre 2006/2007 nebst Haushaltsplan mit Anlagen durch Herrn Stadtkämmerer Dr. Müller
- 1. Lesung -

4. 05-F-02-0057

Vermittlung christlicher Traditionen in städtischen Kindertagesstätten
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 06.12.2005 -

Vorbemerkung:

Im Leitbild für die städtischen Kindertagesstätten der LHW ist u.a. die Zielvorgabe formuliert, den Kindern Orientierung zu geben. Die gastgebende Kultur in deutschen Kindertagesstätten gründet sich auf den christlichen Wurzeln des Abendlandes in kultureller Hinsicht. Ohne Kenntnis dieser Kulturtraditionen, die unser Land und unsere Stadt prägen, kann Orientierung nicht vermittelt werden. Christliche Traditionen und Gebräuche prägen den Alltag und das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland bis auf den heutigen Tag. Der Jahresablauf erfährt seine Gliederung durch die christlichen Festtage. Diese eignen sich im Rahmen der frühkindlichen Bildung besonders zur Vermittlung von Werten und Normen.

Dieser Tatsache gilt es, bei der frühkindlichen Bildung in öffentlichen Kindertagesstätten Rechnung zu tragen.

Darum wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. das Leitbild für die städtischen Kindertagesstätten dahingehend zu überarbeiten und verbindlich einzuführen, dass bei der Feier von Festen im Jahresablauf der Schwerpunkt auf die traditionellen christlichen Feste gelegt wird, z.B. Weihnachten, Ostern, St. Martin.
- und
2. den Kindertagesstätten geeignete Handlungsanleitungen und Hilfen zur Umsetzung zur Verfügung zu stellen.

5. 05-F-01-0099

Bessere Finanzausstattung der Kommunen durch das Land Hessen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 06.12.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass das Land Hessen die Konsolidierungsanstrengungen der Kommunen unterstützt, indem es seinerseits einen angemessenen Beitrag zu ihrer Finanzausstattung leistet.

Dies gilt insbesondere für

- die Einrichtung eines Stabilisierungsfonds nach dem Beispiel von Rheinland Pfalz, durch den sicher gestellt wird, dass die Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich jährlich mindestens mit 1,0 % zunehmen,
 - keine weitere Kürzung des Sozialhilfelastenausgleichs und des Jugendhilfelastenausgleichs
- und
- die vollständige Weiterleitung der den Kommunen zustehenden Entlastungen durch Hartz IV

Seite 3 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2005

beim Wohngeld.

Der Magistrat wird aufgefordert, diese Forderungen direkt den Wiesbadener Landtagsabgeordneten, den Fraktionen des Hessischen Landtags und dem Hessischen Städtetag zu übermitteln.

6. 05-F-05-0017

Fußball-Weltmeisterschaft 2006

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 05.12.2005 -

Die Fußball WM 2006 (9.6.-9.7.06) steht unter dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“. Die Stadt Wiesbaden, als Teil der Region Rhein-Main, wird Gastgeber für Besucher und Medienvertreter aus der Umgebung, aus Deutschland und der ganzen Welt sein. Anliegen der Stadt sollte es sein, den Gästen ihren Aufenthalt zu einem angenehmen und unvergesslichen Erlebnis zu machen und sich gleichzeitig werbewirksam als Gastgeber, auch bereits im Vorfeld der WM, in Szene zu setzen. Viele Projekte sind bereits heute angedacht. Für ein stimmiges Gesamtbild ist es notwendig, mittels einer übergreifend agierenden Koordinierungsstelle, gebündelt Aktivitäten zu planen und durchzuführen.

Der Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. die bereits geplanten und angedachten Aktionen und Veranstaltungen von Stadt, Land, Sport, Gastronomie und Einzelhandel sowie Schule und Kultur in ein Gesamtkonzept zusammen zu fassen, um Wiesbaden so während der Fußball WM 2006 bestmöglich als gastfreundliche Stadt im Rhein-Main-Gebiet zu präsentieren;
2. für die sachliche Planung und Durchführung der einzelnen Aktivitäten die alleinige Zuständigkeit bei einer Koordinierungsstelle im Wiesbaden Marketing anzusiedeln, die für alle Beteiligten Unterstützer und Kommunikator sein soll, ohne den zuständigen Fachämtern die Verantwortung für die Inhalte der Veranstaltungen und Aktionen zu nehmen;
3. die WM-Internetpräsentation der Stadt Wiesbaden auf alle Aktivitäten von allen Veranstaltern (z.B. FIFA, Hessische Landesregierung, Hessischer Fußballverband, Wiesbadener Sport- und Fußballvereine) zu erweitern.

7. 05-F-03-0132

Erhalt der Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2005 -

CDU/SPD Bundesregierung muss die Kürzungen der Fördermittel für den ÖPNV zurücknehmen

Seite 4 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2005

Bereits im nächsten Jahr will die CDU/SPD Bundesregierung die Regionalisierungsmittel, die auch dem Wiesbadener Nahverkehr zugute kommen, von derzeit 7 Milliarden Euro um fünf Prozent kürzen und in den darauf folgenden Jahren noch stärker reduzieren.

Insgesamt sollen bis 2009 rund 3 Mrd. Euro gestrichen werden. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen erwartet ab 2006 Fahrpreissteigerungen in zweistelliger Höhe.

Kürzungen von Mitteln für den Nahverkehr schaden allen ÖPNV-Nutzerinnen und Nutzern, die ohnehin schon durch die angekündigte Mehrwertsteuererhöhung und die Verringerung der Pendlerpauschale zur Kasse gebeten werden.

Die drastische Verringerung der Regionalisierungsmittel, die ursprünglich bis 2007 und sogar mit Steigerungsraten zugesichert waren, ist im Hinblick auf Umweltschutzaspekte und Verkehrsinfrastrukturentwicklung als kontraproduktiv zu bewerten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat aufgefordert:

- sich mit den Gebietskörperschaften in der Region und dem Hessischen Städtetag zusammenschließen und gegen die verbraucherfeindlichen und ökologisch schädlichen Kürzungen der CDU/SPD Bundesregierung zu protestieren und
- dabei zu verdeutlichen, dass die Kürzungen der Mittel für den Nahverkehr eine Angebotsausdünnung oder Preiserhöhungen bei Bus und Bahn nach sich ziehen werden.
- Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bundestagsabgeordneten Heidemarie Wiczorek-Zeul und Kristine Köhler auf, einem Haushalt, der die Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger teuer zu stehen kommt, verbraucherfeindlich und unökologisch ist, ihre Zustimmung zu verweigern.
- Darüber hinaus soll der Magistrat der Hessischen Landesregierung erklären, dass, bezogen auf die konkrete Situation in der Region, Einsparungen durch Ausschreibung von Verkehrsleistungen aufgrund der Dauer der abgeschlossenen Verträge derzeit nicht erzielbar sind.

8. 05-F-04-0008

Abschaffung des Ausländerbeirates

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 07.12.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird aufgefordert, für eine Änderung der hessischen Gemeindeordnung einzutreten die es der Stadt Wiesbaden ermöglicht den Ausländerbeirat abzuschaffen.

Sobald die Möglichkeit gegeben ist wird der Magistrat beauftragt eine Vorlage zur Abschaffung des Ausländerbeirates der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Weiterhin beschließt die Stadtverordnetenversammlung als Konsequenz aus der mangelnden Akzeptanz bei den Betroffenen sind im neuen Haushalt keine Geldmittel für den Ausländerbeirat anzusetzen.

9. 05-F-06-0015

Ablehnung des gegenwärtigen Entwurfs der Richtlinie der Europäischen Kommission über Dienstleistungen im Binnenmarkt

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 07.12.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In Kenntnisnahme des am 23.11.2005 vom federführenden Ausschuss Binnenmarkt und Verbraucherschutz (EP-Binnenmarktausschuss) mit Mehrheit beschlossenen Berichts zum Dienstleistungsbinnenmarkt, der den ursprünglichen Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission (DL-Richtlinie) in seinen wesentlichen strategischen Grundzügen und Bestimmungen unterstützt, stellt die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden hinsichtlich des jetzt für die 1. Lesung im Europäischen Parlament vorliegenden Textes fest:

- Er unterwirft auch in der jetzigen Fassung nahezu 70 Prozent der EU-weiten Wirtschaftstätigkeit einer Deregulierung auf einen Schlag, ohne die Öffentlichkeit über die Folgen zu informieren. Die Richtlinie greift tief in die Kompetenzen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ein und untergräbt damit das im EG-Vertrag verankerte Subsidiaritätsprinzip.

- Obwohl sich der Bundesrat, Bundestag und auch die CDU-geführte hessische Landesregierung in diversen Stellungnahmen vor der Bundestagswahl 2005 klar gegen das Herkunftslandsprinzip als zentrales Gestaltungselement im freien grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr ausgesprochen haben, hält der Bericht des EP-Binnenmarktausschusses mit nur wenigen Einschränkungen unverändert an diesem fest.

Der EP-Binnenmarktausschuss geht davon aus, dass das Bestimmungsland kontrollieren soll, ob die Bestimmungen des Herkunftslandes eingehalten werden. Doch es scheint völlig unrealistisch, dass selbst die Behörden einer mittleren europäischen Großstadt in der Lage sind, die Gesetze und branchenspezifischen Vorschriften aller EU-Staaten für die vielfältigen Dienstleistungsbereiche im Einzelfall korrekt anwenden und kontrollieren zu können.

Auch für Leih- und Zeitarbeitsfirmen soll weiterhin das Herkunftslandsprinzip gelten. In Ländern ohne Mindestlohnregelungen wie Deutschland ist damit Lohndumping nicht auszuschließen.

- Der EP-Binnenmarktausschuss will das Gesundheitswesen und die audiovisuellen Dienste vom Geltungsbereich der Richtlinie ausnehmen, das begrüßen wir. Darüber hinaus sollen aber jene Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge von der Richtlinie erfasst werden, welche bisher noch nicht dem Wettbewerb unterworfen sind. Das sind z.B. Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs, der Ver- und Entsorger oder der Wasser- und Abwasserversorgung. Dies ist ein substanzieller Eingriff in die Regelungskompetenzen der Mitgliedstaaten, ihrer regionalen Untergliederungen und Kommunen bezüglich der Gestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

- Der Beschluss des EP-Binnenmarktausschusses verbietet, künftig die Form der Niederlassung vorzuschreiben.

Es soll verboten werden, dass Dienstleister für eine Mindestdauer auf ihrem Territorium tätig oder in den Unternehmensregistern eingetragen sind. Ferner ist auch die oft rein formale Mehrfachregistrierung nicht zu unterbinden. Mit diesen Verboten schafft die Richtlinie einen Anreiz zur Ausnutzung der unterschiedlichen Regulierungsniveaus in der Europäischen Union durch Sitzverlagerungen. Sie erleichtert damit nicht nur die Steuerflucht, sondern auch die Umgehung von Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsstandards, Qualifikationsanforderungen und Tarifverträgen.

Seite 6 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2005

Ferner sollen die Mitgliedstaaten zahlreiche Vorschriften im Dienstleistungssektor einer gegenseitigen Überprüfung unterwerfen und gegebenenfalls beseitigen, u.a. Anforderungen an die Rechtsform, festgesetzte Mindestpreise oder Zulassungsgrenzen.

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden fordert aus all diesen Gründen die deutschen Europaabgeordneten aller Fraktionen des Europäischen Parlaments auf, einem mit solchen grundsätzlichen Mängeln behafteten Richtlinienvorschlag nicht zuzustimmen.

Sie fordert die Bundesregierung und den Bundesrat auf, diesen Richtlinienvorschlag ebenfalls abzulehnen.

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden übermittelt ihren Beschluss an den Deutschen Städtetag, die Hessische Landesregierung, den Bundestag, die Bundesregierung, den Bundesrat, den Rat der Europäischen Union, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, die Europäische Kommission sowie die bundesdeutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

10. 05-V-66-0203

DL 32/05-5

Berliner Straße / Kreuzberger Ring (östl. Einmündung); Bau einer Lichtsignalanlage (Rückstellung 17.11.2005)

11. 05-F-06-0014

Verlagerung von Standorten in der Sozialverwaltung
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 01.12.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung geht davon aus, dass keine Verlagerung eines Standortes in der Sozialverwaltung (Bezirkssozialdienste, Grundsicherung für Erwerbslose u.a.) vorgenommen wird und keine diesbezüglichen Festlegungen (wie z.B. Mietverträge) getroffen werden, ohne dass zuvor die betroffenen Ortsbeiräte regulär angehört wurden, und erwartet vom Magistrat entsprechendes Vorgehen sowie einen aktuellen Sachstandsbericht in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

12. 05-F-03-0133

Infrastrukturverbesserung und finanzielle Absicherung für das Kulturzentrum Schlachthof (KuK)
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.12.2005 –

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Einrichtung eines Runden Tisches aus Vertretern des Magistrats, des KuK und der ESWE.
2. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt weiterhin die Zusicherung, dass eine angemessene technische Lösung für Stromversorgung des KUK hergestellt wird.
3. Der Runde Tisch wird gebeten zu berichten, ob tatsächlich daran gedacht ist, das KuK an den Kosten für die Herstellung der fehlenden adäquaten Stromversorgung zu beteiligen: Der Runde Tisch wird darüber hinaus gebeten zu berichten, bis wann die Herstellung der notwendigen Stromversorgung des KuK zum Abschluss gebracht werden soll.
4. In der Sorge um eine dauerhafte finanzielle Absicherung des KuK werden die Vertreter des Runden Tisches gebeten zu berücksichtigen, dass eine dauerhafte finanzielle Überforderung des KuK nur vermieden werden kann, wenn das KuK von den Kosten entlastet wird, die durch den Zwang zur Anmietung von Dieselaggregaten in der Vergangenheit entstanden sind und die sich solange aufhäufen, wie dieser von der Stadt zu verantwortende Missstand nicht behoben ist.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die antragstellenden Fraktionen und Fraktionsstatusinhaber verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 05-F-03-0129

Integrationspreis für Wiesbaden

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2005 -
- Beschluss des Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration Nr. 0066 vom 06.12.2005 -

ANLAGE

2. 05-V-05-0003

DL 38/05-1

Zuschüsse umstellen auf Leistungsverträge

3. 05-V-20-0043

DL 36/05-1

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2005 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

4. 05-V-20-0050

DL 38/05-3

ESWE; Ermäßigte Monatskarte für SGB XII und SGB II Bezieher/-innen

Seite 8 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2005

5. **05-V-36-0018** **DL 36/05-2**
Hochwassersicherung / Umbau der Teichanlage "Stickelmühlteiche"
6. **05-V-36-0041** **DL 37/05-2**
Neukonzeption "Hochwasserschutz durch Renaturierung von Teilabschnitten des Wickerbachsystems Umsetzungsphase 2 in den Gemarkungen Igstadt und Kloppenheim"
7. **05-V-40-0040** **DL 38/05-5**
Friedrich-von Bodelschwingh-Schule; Mittelfreigabe für den Verbindungsbau
8. **05-V-41-0027** **DL 36/05-3**
Vorabfreigabe 2006 Bereich Kultur
9. **05-V-51-0035** **DL 37/05-3**
Bezuschussung einer zusätzlichen Kindergartengruppe im Rahmen des Sofortprogramms an die Europa-Schule Dr. Obermayr (Verlängerung)
10. **05-V-51-0037** **DL 38/05-6**
Ausbau Betreuende Grundschulen und Umwandlung von Hort- in Krippegruppen
11. **05-V-51-0039** **DL 38/05-7**
Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln der Abteilung Jugendarbeit - 51.5104 - für den Haushalt 2006
12. **05-V-51-0043** **DL 37/05-7**
Nutzung des Kinderzentrums Georg-Buch-Haus als Kindertagesstätte
- ANLAGE**
13. **05-V-51-0044** **DL 37/05-8**

Bau und Betrieb einer Kindertagesstätte in Wiesbaden-Naurod durch den ASB Wiesbaden

ANLAGE

- 14. 05-V-51-0052 DL 38/05-8**

Ersatzneubau der städtischen Kindertagesstätte Wolfsfeld

- 15. 05-V-52-0016 DL 25/05-2**

Sportentwicklungsplanung Wiesbaden;
Abschlussbericht des "Institutes für Kooperative Planung und Sportentwicklung", Stuttgart

ANLAGE

- 16. 05-V-66-0104 DL 36/05-4**

Toilettenanlagen in Wiesbaden;
Bericht zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0173 vom 04.05.2005

- 17. 05-V-66-0236 DL 36/05-5**

Tempo-30-Zone Waldstraße / Teutonenstraße, Wiesbaden-Biebrich

- 18. 05-V-80-8064 DL 38/05-9**

Zusätzliche Ausbildungsplätze bei der Stadt Wiesbaden

- 19. 04-F-03-0108**

Verkehrspolitik gesundheitsverträglich gestalten
- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 12.07.2005 -

ANLAGE

1. **05-V-05-0010** **DL 38/05-2**
Haushaltsansätze der Gruppierungsziffer 674000 "Erstattungen an sonstige öffentliche Bereiche" für die Jahre 2006/2007

2. **05-V-30-0010** **DL 38/05-4**
Vorschlag für die Wahl eines Schiedsmannes für den Schiedsamtbezirk Wiesbaden-Biebrich

3. **05-V-30-0011** **DL 40/05-1**
Vorschlag für die Besetzung des Schiedsamtes für den Schiedsamtbezirk Wiesbaden-Erbenheim

4. **05-V-30-0012** **DL 40/05-2**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsvorstehers für das Ortsgericht Wiesbaden-Bierstadt

5. **05-V-31-0010** **DL 37/05-1**
Mindereinnahmen im Haushaltsjahr 2004 und Einnahmeentwicklung im Haushaltsjahr 2005 ff. bei Unterabschnitt 1120 (Bußgelder)

6. **05-V-51-0036** **DL 40/05-3, 37/05-4**
Zielgruppenorientierte Elternbildung
ANLAGE

7. **05-V-51-0038** **DL 37/05-5**
Nachwahl eines stimmberechtigten und stellvertretenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss

8. **05-V-51-0042** **DL 37/05-6**
Nachwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
9. **05-V-66-0301** **DL 36/05-6**
Maßnahmen zur Reduzierung der öffentlichen Straßenbeleuchtung ab 2004 im Stadtgebiet Wiesbaden;

Seite 11 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2005

Erfahrungsbericht zum Magistratsbeschluss Nr. 0030 vom 11.01.2005 und Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0174 vom 04.05.2005

10. 05-V-66-0305

DL 36/05-7

Maßnahmen zur Reduzierung der öffentlichen Straßenbeleuchtung ab 2004 im Stadtteil AKK; Erfahrungsbericht zum Magistratsbeschluss Nr. 0029 vom 11.01.2005 und der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0174 vom 04.05.2005

11. 05-V-67-0034

DL 37/05-9

Finanzentwicklung im Bereich Park- und Grünflächenpflege - Unterabschnitt 5800

Zu den nachfolgend aufgeführten Vorlagen finden Sondersitzungen der Fachausschüsse statt.

12. 05-V-61-0001

DL 40/05-4

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Nahversorgung am Gräselberg" im Ortsbezirk Biebrich - Feststellungsbeschluss -

13. 05-V-61-0002

DL 40/05-5

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorgung am Gräselberg" im Ortsbezirk Biebrich; Satzungsbeschluss

14. 05-V-66-0315

DL 40/05-6

Fortführung der Neugestaltung Fußgängerzone

15. 05-V-66-0316

DL 40/05-7

Beschaffung von Natursteinen für die Fußgängerzone

16. 05-V-66-0331

DL 40/05-8

Neugestaltung der Fußgängerunterführung am Bahnhofsplatz in Wiesbaden

ANLAGE

Tagesordnung IV

1. **05-V-11-1018** **DL 36/05-1 NÖ**
Regelung zur Entschädigung von Privatfahrten mit Dienstfahrzeugen; § 109 Hessische Gemeindeordnung (Veräußerung von Vermögen)
2. **05-V-20-0047** **DL 37/05-1 NÖ**
Kredit Nr. 1685 - Aufnahme eines Darlehens mit verkürzter Ansparzeit aus Mitteln des Hessischen Investitionsfonds B
3. **05-V-20-0049** **DL 40/05-1 NÖ, 38/05-10 NÖ**
Umstrukturierung des Geschäftsbereichs Immobilien bei der Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH
4. **05-V-20-0051** **DL 40/05-2 NÖ, 38/05-11 NÖ**
Rhein-Main-Hallen und Kurhaus Wiesbaden;
Strategische Ausrichtung der Messe- und Kongressaktivitäten
ANLAGE
5. **05-V-41-0024** **DL 37/05-2 NÖ**
Zusatzerklärung zum Intendantenvertrag
6. **05-V-80-2346** **DL 38/05-3 NÖ**
Verkauf des Grundstücks Paulinenstraße 9
7. **05-V-80-2347** **DL 38/05-4 NÖ**
Verkauf des Gewerbegrundstücks Otto-von-Guericke-Ring in Wiesbaden-Nordenstadt
8. **05-V-80-2348** **DL 40/05-3 NÖ, 37/05-12 NÖ**

Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages über das Objekt "Schloss Freudenberg"

- 9. 05-V-80-2349 DL 37/05-4 NÖ**
Verkauf des Grundstückes Feldbrandstraße 4 in Wiesbaden - Kloppenheim
- 10. 05-V-80-2351 DL 37/05-5 NÖ**
Verkauf von Hausgrundstücken an die GeWeGe
- 11. 05-V-80-2352 DL 40/05-4 NÖ**
Güterbahnhof West - Verkauf einer Teilfläche des Rotaprint-Geländes an die SEG

ANLAGE

- 12. 05-V-80-2353 DL 38/05-5 NÖ**
Vergabe eines Erbbaurechts an einer Teilfläche des städtischen Grundstücks Hasengartenstraße 8 - 10
- 13. 05-V-80-2354 DL 38/05-6 NÖ**
Verkauf des Erbbaugrundstücks Wilhelm-Tropp-Straße 2 - 18 in Wiesbaden-Biebrich
- 14. 05-V-80-2355 DL 40/05-5 NÖ, 38/05-16 NÖ**
Verkauf des städtischen Hausgrundstücks Rheinstraße 15
- 15. 05-V-80-2357 DL 40/05-7 NÖ, 38/05-18 NÖ**
Verkauf des städtischen Hausgrundstücks Wilhelmstraße 11
- 16. 05-V-80-2358 DL 40/05-8 NÖ, 38/05-19 NÖ**
Verkauf des städtischen Hausgrundstücks Humboldtstraße 29
- 17. 05-V-80-2359 DL 40/05-9 NÖ**

Seite 14 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2005

Option für den Erwerb eines Gewerbegrundstückes im Petersweg-Ost

ANLAGE

Zu der nachfolgend aufgeführten Vorlage findet eine Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung statt.

18. 05-V-80-2356

DL 40/05-6 NÖ, 38/05-17 NÖ

Verkauf der städtischen Hausgrundstücke Ellenbogengasse 2 und 4

Das adventliche Zusammensein ist im Anschluss an die Sitzung für 20.00 Uhr geplant.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin